

Torben Lütjen

Vom »Common Sense« zu den »Alternative Facts«

Varianten des Antiintellektualismus im U.S.-amerikanischen Konservatismus nach 1945

1. Einleitung

Antiintellektualismus und der amerikanische Konservatismus seit 1945 – das kann als so etablierte Verbindung angesehen werden, dass die Frage legitim erscheint, ob aus dem alten Hut wohl überhaupt noch etwas Neues heraus zu zaubern ist. Unbestritten bleibt, dass Amerikas Konservative – was heute bedeutet: die Republikanische Partei – seit Langem einen aggressiven Antiintellektualismus adaptiert haben, der in seinem Feldzug gegen eine vermeintlich abgehobene »liberale Elite« eine beträchtliche Schlagkraft entwickelt hat und ohne die der entfesselte Populismus der Gegenwart kaum erklärbar oder verständlich wäre.

Auf den ersten Blick handelt es sich um einen Prozess linearer Steigerung: von der hemdsärmeligen, aber noch vergleichsweise harmlosen »folksyness« von Politikern wie Ronald Reagan und George W. Bush, über den Antiintellektualismus 2.0 Sarah Palins, bis hin zu Donald Trump, der die Verachtung von Wissenschaftlern, Experten und Intellektuellen auf neue Höhen führte. Diese Deutung ist keineswegs falsch; doch wer genau hinschaut, der wird neben so viel Kontinuität überdies Veränderungen erkennen. Der Antiintellektualismus des U.S.-Konservatismus hat im Laufe der letzten Jahrzehnte Metamorphosen durchgemacht, oder besser ausgedrückt: Er hat neben seiner Hauptströmung, die immer noch dominant ist, eine Reihe neuer Spielarten der Wissenschafts- und Intellektuellenfeindlichkeit entwickelt.

Ich möchte daher im Folgenden drei Typen des Antiintellektualismus innerhalb des U.S.-Konservatismus skizzieren. Sie alle begegnen der gleichen Herausforderung: dem modernen Rationalismus und seinem Anspruch, auch politische Entscheidungen zumindest zu großen Teilen auf Basis wissenschaftlicher Grundlagen treffen und damit die Welt des Politischen rationalisieren und entzaubern zu können. Aber sie begegnen dieser Herausforderung auf ganz unterschiedliche Weise.

Da ist, erstens, eine romantische und antirationalistische Geisteshaltung, bei der es im Kern um die Verteidigung von Intuition, Erfahrung, Bauchgefühl und Pragmatismus gegen abstraktes Theoretisieren geht. Man könnte das den Common-Sense-Antiintellektualismus nennen; es handelt sich dabei nicht nur um die älteste Spielart des Antiintellektualismus – man kann sie bereits bei konservativen Denkern wie Edmund Burke finden –, sondern um die auch weiterhin am häufigsten auftretende Variante. Zweitens lässt sich in der Konsequenz da von Antiintellektualismus sprechen, wo abstraktes Wissen nicht per se abgelehnt, aber stets als relativ herabgestuft und behauptet wird, *die* eine Wahrheit gebe es überhaupt nicht. Das wollen wir den postmodernen Antiintellektualismus nennen. Schließlich der dritte Fall, der sich indes so weit von seiner Ursprungsvariante entfernt hat, dass die Frage berechtigt erscheint, ob er noch zur gleichen Familie von Denkstilen gehört: Antiintellektualismus als alternative Wissenschaft oder als Simulation von Wissenschaft.

Zwar treten alle drei Varianten zu allen Zeiten auf, und einmal für sie sensibilisiert, kann man sie in Ansätzen bereits bei Hofstadter hineinlesen. Allerdings werden sie zu unterschiedlichen Zeiten virulent: die erste Variante seit den 1960er Jahren; die zweite seit den 2000er Jahren; die dritte seit den 2010er Jahren, als es mit dem Aufstieg des Internets und der dadurch einhergehenden Demokratisierung des Wissens möglich wurde, jederzeit und zu jedem Thema Gegenexperten und Gegenexpertisen zu mobilisieren.

2. Antiintellektualismus als Anschauung vom Common Sense

Wie tief der Antiintellektualismus im amerikanischen Denken und im politischen Diskurs des Landes verankert ist, das wurde in diesem Band bereits erwähnt. Entscheidend für unsere Argumentation ist allerdings, dass erst in den 1960er Jahren – nicht zufällig das Jahrzehnt, in dem die Hyperpolarisierung der gegenwärtigen amerikanischen Politik ihre Wurzeln hat – der Antiintellektualismus endgültig nicht länger von allen politischen Akteuren gleichermaßen genutzt wird. Stattdessen findet er jetzt eine feste politische Heimat und wird von Amerikas Konservativen quasi für die eigenen Zwecke vereinnahmt. Es sind konservative Intellektuelle und Politiker der Republikanischen Partei, die ihn als wichtigen Baustein innerhalb einer populistischen Erzählung nutzen, die sie in diesem Jahrzehnt liberaler Dominanz aus der Bedeutungslosigkeit herausholen soll. Davon wird noch die Rede sein.¹

Dieser Antiintellektualismus ist zunächst eine Reaktion auf die tatsächlichen Veränderungen auf der Gegenseite. Denn eben jener Liberalismus scheint Anfang/Mitte der 1960er Jahre nicht nur in hohem Maße dominant und mehrheitsfähig. Er wähnt sich auch ganz eindeutig mit den Kräften des Fortschritts im Bunde. Vielleicht niemals zuvor hatten Intellektuelle einen so sichtbaren Zugang zur Macht gewonnen wie Anfang der 1960er Jahre in den Regierungen John F. Kennedys und seines Nachfolgers Lyndon B. Johnson. Kennedy

1 Vgl. zum Zusammenspiel von Antiintellektualismus und Populismus insgesamt Lütjen 2016.

selbst hatte dabei aktiv an die vor allem vom Soziologen Daniel Bell ausgelöste Debatte um ein vermeintliches »Ende der Ideologien« angeknüpft: Nach der Erschöpfung der alten Weltanschauungen und der ideologischen Alternativen, so Bell, war alles, was blieb, der Streit über technische Fragen innerhalb einer allgemein akzeptierten Ordnung aus liberaler Demokratie und reguliertem, wohlfahrtsstaatlichem Kapitalismus.² In seiner berühmten Rede an der Yale University von 1962 sprach Kennedy davon, dass die Probleme der Zukunft letztlich technischer und nicht mehr länger politischer Natur seien und es daher gelte, den wissenschaftlichen Sachverstand in all seinen Potenzialen endlich vollends zu nutzen: »The fact of the matter is that most of the problems that we now face are technical problems, are administrative problems. [They] deal with questions which are now beyond the comprehension of most men.«³

»The best and the brightest« wollte Kennedy rekrutieren und so gingen nicht nur zahlreiche Intellektuelle im Weißen Haus ein und aus. Auch begann in dieser Zeit der Ausbau von wissenschaftlichen Expertenstäben, am symbolträchtigsten mit der Etablierung des »Council of Economic Advisors« unter ihrem Vorsitzenden, dem Starökonomem Walter Heller. Es waren fraglos Zeiten großer Erwartungen, vor allem unter Kennedys Nachfolger Lyndon B. Johnson, der mit seinem Projekt der »Great Society« die Architektur von Staat und Gesellschaft grundlegend umbauen wollte. Die Politik sah sich in die Lage versetzt, durch vorausschauende Planung und mit wissenschaftlicher Expertise die großen Malaisen der amerikanischen Gesellschaft aus der Welt zu schaffen.⁴

Zumindest gemessen an den riesigen und auch völlig überspannten Erwartungen scheiterten die großen Ambitionen. Weder wurde der von Johnson ausgerufene »War on Poverty« gewonnen, noch sollte es in der Zukunft gelingen, mit Hilfe keynesianischer Finanzpolitik das Auf und Ab des Kapitalismus zu bändigen. Und noch an einer anderen, ganz sprichwörtlichen Front zeigten sich die Grenzen des technokratischen Politikmanagements: im Vietnamkrieg, wo es unter Führung des ehemaligen Ford-Managers und begeisterten Adepten wissenschaftlicher Politik, des Verteidigungsministers Robert McNamara, zu einer Kette von katastrophalen Fehleinschätzungen kam.

Es waren nicht alleine die Grenzen des technokratischen Politikmanagements, die in der Folge dem Antiintellektualismus Auftrieb gaben; dafür war er historisch zu tief verwurzelt. Aber es befeuerte den Backlash gegen »die« Experten und es sorgte für Spaltungen innerhalb des U.S.-Liberalismus selbst, dem einige seiner talentiertesten Köpfe von den Fahnen gingen. Das galt vor allem für eine bekannte Gruppe von Intellektuellen – die sogenannten Neokonservativen um Irving Kristol. Verbindendes Merkmal dieser Gruppierung war zunächst die gemeinsame Vergangenheit: Fast alle von ihnen waren Renegaten aus dem Lager der politischen Linken, darunter viele Trotzkiten. Auf ihrer Reise nach rechts hatten sie

2 Vgl. Bell 1960.

3 Zitiert nach Fischer 1990, 98.

4 Vgl. Lütjen 2010.

eine kurze ideologische Zwischenstation im amerikanischen Liberalismus gemacht – um dann schnell ihr Entsetzen über die, wie sie es empfanden, katastrophalen Konsequenzen der Reformpolitik der 1960er Jahre zu äußern. Diese verfehlte nicht nur ihre ambitionierten Ziele, sondern hatte die Probleme noch verschlimmert, denn der Staat, so meinten sie, war bei seiner Intervention weit über das Ziel hinausgeschossen und bedrohte mittlerweile das amerikanische Freiheitsversprechen. Schuld daran war ihrer Ansicht nach eine linksorientierte, selbsternannte Elite von Experten und Intellektuellen, die vorgaben, Gesellschaften am Reißbrett entwickeln zu können und für die alles nur eine Frage der richtigen Sozialtechnik war – und die darüber vergaßen, dass es Prinzipien waren, die Amerika als Nation gemacht hatten. So waren die USA, ihnen zufolge, schließlich auf dem Weg in den »nanny-state«.⁵

Auf diese Weise hatte die Kritik am Intellektuellen eine neue Dimension erhalten: Bis in die 1950er Jahre hinein zielte die Kritik auf den Intellektuellen als Ideologen, der subversives Gedankengut verbreitete – solche Auffassungen hatten etwa eine große Rolle gespielt beim Angriff der harten Antikommunisten Joseph McCarthy und Richard Nixon auf amerikanische Eliteuniversitäten. Jetzt aber zielten die Angriffe auf den Intellektuellen als kalten Technokraten, der unter Missachtung der amerikanischen Demokratie seine sozialen Experimente durchführte und mit kalter Verachtung auf den »average man« schaute. Zum Feindbild der Neokonservativen avancierten neben den »Washingtoner Bürokraten« die Professoren der Eliteuniversitäten an der amerikanischen Ostküste. Lieber würde er sich von den ersten 2.000 Namen im Bostoner Telefonbuch registrieren lassen als von den 2.000 Professoren der Harvard-Universität, höhnte einmal William F. Buckley, der Gründer des konservativen *National Review* und einer der Paten des modernen amerikanischen Konservativismus.⁶

Wie in vielen anderen Fällen ging hier ein artikulierter, ausformulierter Antiintellektualismus von Intellektuellen selbst aus – und zwar in der Regel von jenen, die als eine Art Gegeneliten bisher eher eine periphere Position eingenommen hatten und nicht Teil eines relativen Elitenkonsens gewesen waren. Aber wirkliche Massenwirkung entfaltete das Ganze erst, als führende konservative Politiker diese Erzählung aufnahmen. Die Chimäre der »liberalen Elite« war dabei ziemlich hilfreich, wenn es darum ging, die lange Zeit dominante New Deal-Koalition der Demokraten zu zerstören und ihnen einen großen Teil der weißen Arbeiterklasse abspenstig zu machen. Es war, wie die populistische Strategie insgesamt, der Versuch, die sozio-ökonomische Konfliktlinie mit einer kulturellen zu überschreiben. Denn besonders populär waren die Angriffe auf Sozialprogramme nicht, ebenso wenig wie der allgemeine libertäre Ruf der Republikaner nach »small government«. Was aber tatsächlich verfiel in der amerikanischen Arbeiterklasse, das war eben jenes Ressentiment gegenüber einer abgehobenen, urbanen Elite, die mit Verachtung auf »fly-over-America« schaute und in Wahrheit keine Ahnung davon hatte, was im Land wirklich vor sich ging.

5 Vgl. Steinfels 1979 sowie Nash 1979.

6 Vgl. Farber 2010, 47.

Auch *Race* spielte in diesem Prozess von Anfang an eine große Rolle. Denn der erste Politiker, der Antiintellektualismus zu seinem Kennzeichen machte, war der Gouverneur von Alabama, George Wallace. Wallace war zwar Demokrat, aber eben vor der großen Zeitenwende des »Southern realignment«, in dessen Folge der extrem konservative Süden erst beginnen sollte, republikanisch zu wählen. Er war daher vornehmlich ein überzeugter Anhänger der faktischen Rassentrennung in den Staaten des amerikanischen Südens. Neben allem anderen, womit er seinen Rassismus legitimierte, spielte Antiintellektualismus eine zentrale Rolle. Es war wohl zwischen blankem Zynismus und tatsächlicher Unwissenheit angesiedelt, wenn er und andere den »Southern Way of Life« verteidigten und meinten, dass Leute von außen kaum beurteilen könnten, was für das Land und seine Bewohner das Richtige sei. Wallace ätzte gegen »theoreticians« und »pseudo-intellectuals«, die glaubten, dass ein Plan aus ihrer Schublade überall im Land funktionieren müsse. Was wussten sie schon von den komplizierten Verhältnissen vor Ort? Wie konnten Menschen, die sich niemals bei der Arbeit die Hände schmutzig gemacht hatten, überhaupt anderen Leuten etwas vorschreiben wollen?

Vermutlich war der Mann aus Alabama, der dann bei der Präsidentschaftswahl 1968 beträchtliche Erfolge als Kandidat der unabhängigen »Independence Party« feierte, auch einer der ersten, der sich exzessiv als Repräsentant des »average man« vermarktete, bisweilen bis zur Selbstsatire. Wallace trug aus Prinzip gebrauchte Anzüge und bekundete stolz, auf jede seiner Mahlzeiten Ketchup zu schütten – alles, um sich als authentischer Vertreter von »Middle America« zu inszenieren.⁷ Das klingt gewiss banal, aber es war ein wichtiger Teil der Verächtlichmachung von allem, wogegen der Antiintellektualismus sich richtete: gegen die vermeintliche Arroganz und Abgehobenheit des urbanen Amerika, seiner vermeintlichen Lust an der Distinktion, seiner Unwissenheit über das, was die Durchschnittsamerikaner umtrieb.

Wallace und seine Pose wurden fortan von Generationen republikanischer Politiker kopiert. Richard Nixon war dazu habituell noch nicht in der Lage, aber er lieferte dafür die richtigen rhetorischen Versatzstücke. Da war der Slogan von der »silent majority« – jener vermeintlichen Mehrheit rechtschaffener, aber eigentlich ganz unpolitischer Amerikaner, die auf die Erschütterungen der 1960er Jahre mit Abwehr reagierten. Auch die damals einsetzende Hetze gegen die »liberalen Medien« führte Nixon in den Diskurs ein. So verlautbarte Nixons einflussreicher Redenschreiber Patrick Buchanan: »There is no element in American life more out of touch with the concerns and beliefs of the common man than the liberal press.«⁸

Seine republikanischen Nachfolger im Weißen Haus wie Ronald Reagan und George W. Bush mussten nur noch, in Anknüpfung an Wallace, ein Stück hemdsärmelige Volkstümlichkeit hinzufügen. Insbesondere Bush, der an der Basis lange Zeit extrem populär war, bis das Desaster im Irak und die Finanzkrise ihn delegitimierten, spielte mit dem Image des breitbeinigen Texaners, der im Zweifel lieber seinem Bauchgefühl als den Empfehlungen

7 Vgl. Lütjen 2016, 59–61 (Anm. 64).

8 Buchanan 1973, 22.

irgendwelcher Experten vertraute.⁹ Reagan und Bush waren damit äußerst erfolgreich, gelang es ihnen doch immer wieder, ihre Widersacher von den Demokraten als elitäre und versnobte Schnösel zu karikieren.

Die Obama-Jahre sahen dann nicht nur einen großen Backlash gegen den ersten Schwarzen im Weißen Haus – sondern gegen den vielleicht ersten Intellektuellen im Zentrum der Macht. Es lag insofern wohl in der Logik des Ganzen, dass sich auch der Antiintellektualismus in seiner Intensität steigerte. Vor allem wurde er in gewisser Weise authentischer. Bei Bush und anderen Konservativen, allesamt Absolventen von Ivy-League-Universitäten, war die Verachtung der Intellektuellen oft noch Pose gewesen. Der U.S.-Konservatismus hatte schließlich immer schon ein merkwürdiges Janusgesicht gehabt: Trotz der eifernden Intellektuellenfeindschaft waren die Republikaner paradoxer Weise oft als »Partei der Ideen« bezeichnet worden. In republikanisch dominierten Kabinetten spielten Intellektuelle seit Reagan oft eine prominente Rolle; und auch die zahlreichen konservativen Think Tanks hatten mit ihren Konzepten stets großen Einfluss auf die politische Agenda der Partei gehabt, was freilich nicht immer segensreich sein musste – denkt man nur an die Katastrophe des Irakkrieges, dessen Grundzüge dort am Reißbrett als »democracy promotion« und »state building« vorgedacht worden waren.

Die neuen Matadoren des U.S.-Konservatismus aber machten seit den Obama-Jahren ernst. Antiintellektualismus war für sie keine Diskursstrategie mehr, sondern tief verinnerlicht, wurde überhaupt ressentimentgeladener, aggressiver, geifernder. Niemand verkörperte das – einige Jahre vor Trump und in vielem ein Fanal für alles, was noch folgen sollte – besser als Sarah Palin, die Gouverneurin aus Alaska, die 2008 an der Seite von John McCain als Vizepräsidentin kandidierte und über Obama meinte: »We need a commander in chief, not a professor of law standing at the lectern.« Palins Antiintellektualismus war mehr als nur Strategie, war nicht nur eine kalkulierte Provokation, obwohl er das gewiss auch war. Palin musste sich gar nicht verstellen: »Sarah Barracuda« hatte, mit Verlaub, bei vielen Sachthemen oft keinen blassen Schimmer. Doch sie zelebrierte das förmlich, feierte sich so als authentische Vertreterin des amerikanischen »heartland«. Jedes Mal, wenn sie ihre Unwissenheit lustvoll zur Schau stellte und die »Mainstreammedien« sie dafür attackierten, lief alles nach dem Drehbuch der populistischen Erzählung: Dann waren es wieder die arroganten »Eliten«, die nicht ertragen konnten, dass endlich jemand aus der Mitte des Volkes, nämlich die »hockey mom« Sarah Palin aus Wasilla, Alaska, bis ganz nach oben strebte. Die Ehrerbietung für Palin – deren Schwächen manche ihrer Anhänger durchaus sahen – zeigte, wie groß mittlerweile der Hass auf alles war, was jenseits der eigenen Lebenswelt lag und nicht genau das bestätigte, was man doch ganz sicher zu wissen glaubte.

Interessant erscheint überdies, dass Antiintellektualismus eigentlich oft männlich konnotiert war. Palin aber verkörperte einen uramerikanischen Mythos, der nachgerade kongenial mit Antiintellektualismus korrespondierte: den Mythos der »Pionierfrau«, die an der äußers-

9 Vgl. Jacoby 2009.

ten Frontier – der westlichen Grenze, an der Wildnis und Zivilisation aufeinandertreffen – des Landes ihren Posten hielt und dabei tougher war als all die verweichlichten Männer. Wer brauchte schon zu wissen, dass Nordkorea und Südkorea zwei unterschiedliche Länder waren, wenn man, so die mediale Selbstinszenierung, in der Freizeit am liebsten mit dem eigenen Nachwuchs schwer bewaffnet durch den Schnee stapfte, Elche erlegte und sie gleich eigenhändig ausweidete?¹⁰

Das alles lässt sich noch erzählen im Rahmen der ersten Variante des Antiintellektualismus als romantische und antirationalistische Sichtweise, die mit der Gegenüberstellung von abstrakter Theorie und konkreter Praxis spielte und auf Common Sense vertraut. Auch bei Trump spielte diese erste Variante eine große Rolle, war es doch Teil seines Appeals, eben ein Mann zu sein, der *reale* Dinge baute, *reale* Arbeitsplätze geschaffen hatte, anders als die politische Klasse, die sich bei ihrer Wirtschaftspolitik auf die Expertisen irgendwelcher Ökonomen stützte: der Unternehmer als Verkörperung des amerikanischen Traums, der seinen Erfolg natürlich seinem Sinn für das Praktische und nicht dem Abstrakten und Theoretischen verdankte. Wie der amerikanische Historiker Michael Kazin in seiner brillanten Studie zur Geschichte des U.S.-amerikanischen Populismus herausgearbeitet hat, spielte die Ideologie des »producerism« immer schon eine große Rolle: die Gegenüberstellung jener, die aktiv in den Produktionsprozess eingebunden sind (klassenübergreifend vom Arbeiter bis zum CEO), und jenen, die von den Früchten dieser Arbeit leben, vom Staatsbeamten bis eben hin zum Intellektuellen.¹¹ Oder wie es vor einigen Jahren ritualisiert auf republikanischen Parteitag hieß: »I built that!«

3. Postmoderner Antiintellektualismus

Wie gesagt: Antiintellektualismus als antirationalistische, romantische Geisteshaltung, das ist und bleibt der dominante Strang – und auch der derjenige mit der längsten Tradition. Doch seit den 1960er Jahren hat dieser Antiintellektualismus sich weiterentwickelt und weitere Nebenstränge ausgebildet. Die zweite Variante, um die es hier gehen soll, ist daher der postmoderne Antiintellektualismus: die Relativierung wissenschaftlicher Erkenntnisse als immer nur partielle Ausschnitte der Realität, wie überhaupt die Weigerung, eine einzelne Beobachterposition gegenüber anderen vorzuziehen.

Natürlich scheint das ein Widerspruch zu sein: Der amerikanische Konservatismus, diese Heimstatt tiefgläubiger und, jedenfalls in Teilen, fundamentalistischer Christen, die keinen Zweifel haben an der Existenz letzter Wahrheiten, nimmt plötzlich Anleihen bei ein paar gottlosen französischen Theoretikern? Bevor Amerikas Konservative die *Critical Race Theory* als Grundübel der Nation entdeckten, wetterten sie in den 1980er und 1990er Jahren tat-

10 Vgl. Lütjen 2016, 119–121.

11 Vgl. Kazin 1995.

sächlich gegen die vermeintlich mit postmodernen Theorien vollgestopften Curricula amerikanischer Universitäten, in denen den Studierenden beigebracht werde, es gebe keine unumstößlichen Prinzipien, keine natürliche Ordnung der Dinge, nicht einmal die Wahrheit, sondern nur verschiedene Interpretationen einer sowieso immer schon sozial konstruierten Wirklichkeit.¹²

Und in der jüngsten Vergangenheit? Sprach etwa Donald Trumps Pressesprecherin im Weißen Haus, Kellyanne Conway, von »alternative facts«, wenn es darum ging, die offensichtlich falschen Angaben zur Zahl der Teilnehmer bei der Amtseinführung des Präsidenten zu rechtfertigen. Diese merkwürdige Rechtfertigung einer durch ein gekränktes Ego ausgelösten offensichtlichen Unwahrheit hätte aber nicht eine solche Karriere samt eigenem Wikipedia-Eintrag machen können, wenn sich in ihr nicht der gesamte Umgang Trumps mit Wahrheit manifestieren würde. Als erster »postmodern President« galt Trump vielen, weil seine Lügen so unverstellt waren, so leicht zu widerlegen, so wenig Interesse daran zu bestehen schien, überhaupt die »Fakten« auf seiner Seite zu haben, dass einige darin mehr sahen als nur die Schamlosigkeit eines pathologischen Lügners. Sowohl von liberaler als auch von konservativer Seite wurde Trumps Präsidentschaft daher als gerechte Strafe für einen Zeitgeist interpretiert, der im Namen der Postmoderne schon lange einem Relativismus das Wort rede, der keine objektiven Wahrheiten, sondern nur noch subjektive Standpunkte kenne. Solcherlei geschwächt, so geht diese These weiter, hätten die freien und offenen Gesellschaften des Westens keine Antikörper mehr besessen, um das Eindringen des »postfaktischen Virus« zu verhindern.¹³

Nun ist das alles nicht nur ein populäres Zerrbild dessen, was der Begriff der Postmoderne bezeichnet, deren Denker natürlich niemals behauptet haben, es gebe keine objektiven Wahrheiten mehr. Man darf wohl davon ausgehen, dass Trump seine Abende nicht doch im Geheimen mit der Lyotard- oder Derrida-Lektüre verbringt. Plausibel aber ist, dass die grundsätzliche Erfahrung der Moderne, dass die Welt formbar ist, sie auch eine andere sein könnte und wir uns angehalten fühlen, eine andere Wirklichkeit hinter der vermeintlichen zu entdecken, durchaus einen Resonanzboden für Trumps Unwahrheiten abgeben. Zudem sind seine Lügen, wie andere vermuten, unverhüllte Machtdemonstrationen: Seht her, ich bin so mächtig, dass ich behaupten kann, dass zwei und zwei gleich fünf sind; und niemand kann mich daran hindern – ein veritabler »power move« à la Pippi Langstrumpf.

Auch das hat Trump nicht erfunden – diese Verbindung aus postmoderner Wirklichkeitsanzweiflung gepaart mit einem an Carl Schmitt geschulten zynischen Dezisionismus. Im amerikanischen Konservatismus scheint diese zweite Variante des Antiintellektualismus seit den frühen 2000er Jahren einen festen Platz zu haben. Jedenfalls waren es die ersten George W. Bush-Jahre, in denen man Argumente dieser Art vernehmen konnte; und zwar aus dem Inneren der Regierung selbst, in der sich nicht zufällig eine ganze Reihe von Adepten des be-

12 Vgl. beispielhaft Bloom 1987.

13 Vgl. Hanlon 2018.

rüchtigten deutschen Staatsrechtlers tummelte. Besonders erhellend war damals ein Artikel, den Ron Suskind 2004 für das *New York Times Magazine* verfasste. Darin zitierte Suskind einen anonym bleibenden Berater Bushs (der später von vielen als Karl Rove identifiziert wurde), der die Meinung des Präsidententeams über Journalisten kundtat. Diese seien eben, meinte er abschätzig, Teil der »reality-based community«, Menschen, die tatsächlich glaubten, dass Lösungen sich aus der sorgfältigen Analyse einer identifizierbaren Realität ergäben. So aber, teilte der Berater Suskind mit, würde die Welt nicht mehr funktionieren. Im Weißen Hause schaffe man durch die eigenen Handlungen eigene Realitäten. Während die »reality-based community« – man könnte sagen: die »Realitätsgläubigen« – noch versuchten, diese neue Realität zu verstehen, sei man längst dabei, neue Realitäten zu schaffen – die die Journalisten und andere »Realitätsgläubige« dann wieder untersuchen könnten und so weiter und so fort:

»That’s not the way the world really works anymore [...] We’re an empire now, and when we act, we create our own reality. And while you’re studying that reality – judiciously, as you will – we’ll act again, creating other new realities, which you can study too, and that’s how things will sort out. We’re history’s actors [...] and you, all of you, will be left to just study what we do.«¹⁴

Vielleicht rührt aus diesem Flirt mit dem Postmodernismus der gegenwärtige Hang der Spin-Doktoren der Bewegung, überhaupt nicht so sehr auf die Durchsetzung eines eigenen Masternarrativs zu setzen, sondern eher darauf, dass sich nicht jenes der Gegenseite durchsetzt, um vom entstandenen epistemologischen Chaos zu profitieren. »Flooding the zone with shit«, wie Trumps Berater Steve Bannon es einst bezeichnete: So viele Gegeninformationen so dauerhaft zu verbreiten, bis die Grenzen zwischen Wahrheit und Fiktion für viele Bürger nicht mehr auseinanderzuhalten sind.

4. Antiintellektualismus als Wissenschaftssimulation

Die dritte Variante des modernen Antiintellektualismus ist auf die zweite eng bezogen, mehr noch: Ohne die Grundbedingungen, die den postmodernen Antiintellektualismus möglich gemacht haben, könnte es die dritte Variante gar nicht geben. Auch sie lebt davon, dass der Glaube an eine zentrale Autorität geschwunden ist, auch sie ist ein Produkt der »epistemological wars« unserer Zeit. Gleichzeitig ist es auf den ersten Blick aber nicht so eindeutig, ob sie sich überhaupt offensiv gegen Experten und Intellektuelle richtet – da sie sich deren Denkmuster, Sprache und Methoden selbst offensiv bedient.

14 Zitiert nach Block 2018, 28.

Gemeint ist die Tendenz, allgemein gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen dadurch zu begegnen, dass man selbst auf wissenschaftliche Gegenexpertise vertraut – um jedoch am Ende vor allem eine Wissenschaftssimulation zu betreiben. Zwar gibt es für viele, vermutlich für die meisten, Politikfelder keine »gesicherten« wissenschaftlichen Erkenntnisse – für einige wenige aber doch. Das gilt, jedenfalls im Kern, etwa für die Tatsache des menschengemachten Klimawandels einschließlich seiner potentiell katastrophalen Folgekosten; und es galt auch kürzlich erst, wiederum: im Kern, für die durch das Coronavirus ausgelöste Gesundheitskrise. Bekanntermaßen gibt es in beiden Fällen unter Amerikas Konservativen erbitterten Widerstand gegen die vermeintliche Bevormundung durch nicht demokratisch legitimierte Experten, die in Wahrheit, so der verschwörungstheoretische Plot, eine ganz andere und viel weiterreichende Agenda hätten.

Natürlich wird in beiden Fällen auch mit Variante eins und Variante zwei des Antiintellektualismus reagiert. Etwa, indem man die persönliche Erfahrung eines besonders kalten Winters den Daten und Statistiken der Klimawissenschaft entgegensetzt oder generell der Meinung ist, die Kapriolen des Wetters lägen ohnehin nicht in den Händen der Menschen, sondern würden von höherer Warte bestimmt (die romantische, antirationalistische Variante); oder auch, indem man alle Positionen für gleichermaßen interessengeleitet und partiell erklärt (weswegen die Studien der Ölkonzerne und jene der Solarenergiebranche eben verschiedene Ergebnisse zeigten) und daher ablehnt, sich überhaupt einer objektiven Wahrheit zu unterwerfen (die Variante des postmodernen Antiintellektualismus).

Doch man kann auf unliebsames Wissen, über das unter Experten ein relativer Konsens besteht, heute auf eine Art reagieren, die es zu den Zeiten Edmund Burkes ganz sicher noch nicht gab und wie sie selbst zu den Zeiten der konservativen Heroen des Antiintellektualismus Richard Nixon und Ronald Reagan nicht ohne Weiteres zu haben war: mit der Möglichkeit, allen Evidenzen, allem wissenschaftlichen Konsens zum Trotz, Gegenexpertise zu beschaffen, um die eigene Position zu untermauern. Dass dies heute möglich ist, liegt zum einen am Anwachsen der Gemeinde mehr oder weniger wissenschaftlich legitimer Experten durch die Bildungsexpansion, die einen größeren Pool möglicher »dissenter« schafft; den großen Summen, die insbesondere von konservativer Seite ausgegeben wurden, um strategisch gezielt wissenschaftliche (Gegen-)Expertise aufzubauen; und schließlich, und wohl am wichtigsten, durch die Demokratisierung und jederzeitige Abrufbarkeit von (alternativem) Wissen durch den Aufstieg des Internets, bei der sich für jede noch so abseitige Meinung eine bestätigende Gemeinschaft findet, die die dafür notwendigen »Beweise« kollektiv zusammenträgt. Übergeordnet ist alledem der allen Anfechtungen und vielbeklagten vermeintlichen Rückschritten zum Trotz eben doch erfolgte Siegeszug der Wissenschaften. Nichts macht das beispielhaft deutlicher als der Rückgriff auf Wissenschaftssimulation selbst bei einer Frage, die eigentlich sehr viel besser mit der ersten Variante des Antiintellektualismus zu lösen ist: die Frage nach der Richtigkeit der Evolutionstheorie. Auch hier greifen selbst manche fundamentalistische Christen mittlerweile nicht allein auf die Wahrheiten der Bibel zurück, sondern sehen sich gemüßigt, die

Richtigkeit von »intelligent design« mit dem Verweis auf vermeintliche wissenschaftliche Beweise, wie abstrus auch immer die Versuche ausfallen mögen, zu erhärten und zu erklären, die Erde sei nicht älter als ein paar tausend Jahre.

Die Frage ist nur: Ist das überhaupt noch Antiintellektualismus bzw. Wissenschaftsfeindlichkeit? Schließlich wird ja, wie exzentrisch die Ergebnisse auch ausfallen, im Rahmen der Wissenschaft argumentiert, werden Studien zitiert, Statistiken herangezogen, auf vermeintlich anerkannte Koryphäen des Faches verwiesen, was gewiss etwas anderes ist, als allein auf den Common Sense, die Intuition, die eigene Erfahrung oder die unumstößliche Wahrheit einer überlieferten Schrift zu vertrauen. So wie die Wissenschaft sich politisiert hat, so hat sich die Politik verwissenschaftlicht – und das lagerübergreifend. Das ist der Kern der These von der »Epistemisierung des Politischen«.¹⁵ Trotz vieler Parallelen zur zweiten Variante des postmodernen Antiintellektualismus geht es hier nicht darum, alles zu relativieren: Die Anhänger des Kreationismus, militante Impfgegner, Leugner des menschlich induzierten Klimawandels, sie alle halten ihre Meinung nicht nur für eine Meinung unter anderen, sondern beanspruchen mit dem Verweis auf diese oder jene Studie durchaus, im Besitz absoluter Wahrheiten zu sein.

Gleichwohl: Am Ende handelt es sich trotzdem um eine Verachtung von Wissenschaft und Intellektualität, da der Verweis auf vorhandene Gegenexpertise selbstverständlich einen rein instrumentellen Charakter hat. Gewiss: Wissenschaft ist nicht fehlerfrei, bildet bisweilen ihre eigenen Orthodoxien aus, und selbst so etwas wie ein temporärer kollektiver Irrtum einer ganzen Disziplin ist möglich. Aber da der Zweifel der Wissenschaft inhärent ist, sie bestimmte Verfahren und Standards kennt, ist sie immer in der Lage zur Korrektur. Keine dieser Standards gelten bei der Wissenschaftssimulation des modernen Antiintellektualismus, die keine Autorität jenseits der selbstgefühlten Wahrheit zulässt und sich dafür die Informationen in den sozialen Medien besorgt.

Autorität, das ist überhaupt ein wichtiges Stichwort. Ein interessanter, weil vielleicht eher kontraintuitiver Aspekt in Hofstadters Studie war seine Beobachtung, dass dem Antiintellektualismus ursprünglich durchaus ein emanzipatives Element innewohnte. Der amerikanische Historiker interpretierte ihn als Teil des puritanischen Erbes des Landes, nicht auf die geistige Führung durch kirchliche Eliten, sondern auf ein persönliches, hoch individualisiertes Gotteserlebnis zu setzen. Es war eigentlich eine Form der Selbstermächtigung, die, und hier ließ sich mühelos an Tocqueville anknüpfen, egalitäre und demokratische Tendenzen förderte. Nur hatte sie eben eine dunkle Seite: die weit verbreitete und bisweilen geradezu infantile Ansicht, alles selbst – eben mit dem gesunden Menschenverstand – überblicken zu können und dabei nicht von den Empfehlungen irgendwelcher Experten abhängig zu sein.

Um Selbstermächtigung und die Negation jeder Autorität geht es im Fall des Antiintellektualismus als Wissenschaftssimulation ebenfalls. Warum sollte man den Urteilen

15 Vgl. Bogner 2021.

anonymer Institutionen vertrauen, wenn es doch möglich ist, sich alle relevanten Informationen selbst zu besorgen? Wer als Klimaleugner vielleicht kurzfristig in seinem Urteil erschüttert ist, für den ist die Bestätigung der eigenen Meinung nie mehr als einen Klick weit entfernt; und in einsamen nächtlichen Recherchen lässt sich ein ganzes Studium der Virologie nachholen. Es ist das Resultat einer missverstanden und pervertierten Aufklärung, die sich der Grenzen der eigenen Vernunft nicht bewusst ist.¹⁶

5. Schluss

Betrachtet man die Metamorphosen des Antiintellektualismus – in manchem ein sehr amerikanisches Phänomen, in den Grundzügen aber wohl eine allgemeine Begleiterscheinung moderner Politik – bleibt man nicht unbedingt optimistisch zurück. In seiner Urform transportierte der Antiintellektualismus eine durchaus bedenkenswerte Grundeinsicht: dass tatsächlich nicht alle Fragen des Politischen rationalistischen, deduktiven Methoden zugänglich sind, es tatsächlich weltfremde Theoretiker gibt, denen man die Staatsgeschäfte nicht anvertrauen sollte, es nicht immer ratsam ist, mit großen Masterplänen von außen alle Probleme anzugehen, und schließlich auch, dass manchmal simple Wahrheiten unter einem Schutt hochkomplizierter Annahmen begraben liegen können. Bei dem konservativen britischen Philosophen Michael Oakeshott gibt es eine solche zumindest nicht ganz abwegige Kritik am »Rationalismus in der Politik«.¹⁷ Ich vermute, dass jeder und jede irgendwann einmal einzelne rhetorische Versatzstücke dieser milden Form des Antiintellektualismus benutzt hat.

Natürlich konnte schon die antirationalistische Ursprungsvariante ganz und gar destruktive, gefährliche Formen annehmen; und die intellektuelle Regression im U.S.-Konservatismus von Kristol und Buckley hin zu Palin und Trump ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel. Doch immerhin: Das alles ließ und lässt sich immerhin sehr einfach als Antiintellektualismus identifizieren, als offenkundig antimodernistische Sichtweise, bei der alles dafür sprach, dass sie ein Rückzugsgefecht darstellte. Sowohl dem postmodernen Antiintellektualismus als auch der Variante der Wissenschaftssimulation wird vielleicht schwerer beizukommen sein. Denn sie sind alles, aber nicht antimodern, im Gegenteil: Sie verkörpern scheinbar ein Bekenntnis zu Pluralität und Individualität, gerieren sich als besonders aufgeklärt. Bisweilen (bei den politischen Eliten) aus Zynismus und Strategie, nicht selten aber aus tief empfundener Überzeugung, anders als all die »Schlafschafe« da draußen die wahre Lage gecheckt zu haben.

Der Antiintellektualismus 3.0 lebt von einem tatsächlich vorhandenen Widerspruch, dessen beide Seiten in den USA wohl besonders stark sind: dass einerseits der Triumph der

¹⁶ Vgl. Lütjen 2021.

¹⁷ Vgl. Oakeshott 2002.

Wissenschaft absolut ist und wir immer stärker in einer Welt navigieren müssen, die ohne Expertenwissen nicht mehr zu bewältigen ist; wir aber andererseits nach einem halben Jahrhundert der Erziehung dazu, immer kritisch zu sein, alles zu hinterfragen, nichts für bare Münze zu nehmen, ein aufgeklärter, autonomer Staatsbürger zu werden, uns dazu angehalten fühlen, alle Autorität zu hinterfragen – selbst dort, wo uns die kognitiven Mittel dafür offenkundig fehlen.

Bibliographie

- Bell 1960 = D. Bell, *The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*, New York 1960.
- Block 2018 = D. Block, *Post-truth and Political Discourse*. London 2018.
- Bloom 1987 = A. Bloom, *The Closing of the American Mind*, New York 1987.
- Bogner 2021 = A. Bogner, *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*, Ditzingen 2021.
- Buchanan 1973 = P. Buchanan, *The New Majority. President Nixon at Mid-Passage*, Philadelphia 1973.
- Farber 2010 = D. Farber, *The Rise and Fall of Modern American Conservatism. A Short History*, Princeton 2010.
- Fischer 1990 = F. Fischer, *Technocracy and the Politics of Expertise*, London 1990.
- Hanlon 2018 = A. Hanlon, *Postmodernism Didn't Cause Trump. It Explains Him*, in: *Washington Post*, 31. August 2018, https://www.washingtonpost.com/outlook/postmodernism-didnt-cause-trump-it-explains-him/2018/08/30/0939f7c4-9b12-11e8-843b-36e177f3081c_story.html (letzter Zugriff: 15.03.2024).
- Jacoby 2009 = S. Jacoby, *The Age of American Unreason*, New York 2009.
- Kazin 1995 = M. Kazin, *The Populist Persuasion. An American History*, Ithaca 1995.
- Lütjen 2010 = T. Lütjen, *Vom »Gospel of Efficiency« zum »War of Ideas.« Zum Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Ideologien in den Vereinigten Staaten*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50, 2010, 373–394.
- Lütjen 2016 = T. Lütjen, *Partei der Extreme. Die Republikaner. Über die Implosion des amerikanischen Konservatismus*. Bielefeld 2016.
- Lütjen 2021 = T. Lütjen, *The Anti-authoritarian Revolt. Right-wing Populism as Self-empowerment?*, *European Journal of Social Theory* 25.1, 2021, 75–93.
- Nash 1979 = G. W. Nash, *The Conservative Intellectual Movement in America since 1945*, New York 1979.
- Oakeshott 2002 = M. Oakeshott, *Rationalism in Politics and Other Essays*. London 2002.
- Steinfels 1979 = P. Steinfels, *The Neoconservatives*, New York 1979.

Autor

Torben Lütjen

ist Politikwissenschaftler und seit 2022 Professor für Partizipations- und Demokratieforschung an der Europa-Universität Flensburg. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit den Auswirkungen von Populismus und Polarisierung auf die Funktionstätigkeit von Demokratien und wurde dafür unter anderem von der VolkswagenStiftung und vom Strategischen Forschungsfond der HHU Düsseldorf gefördert. Zuletzt erschienen *Amerika im Kalten Bürgerkrieg: Wie ein Land seine Mitte verliert (2020)* und *Partei der Extreme: Die Republikaner (2016)*.

torben.luetjen@uni-flensburg.de

Ⓢ **Open Access** // Der Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht. Den Vertragstext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>. Bitte beachten Sie, dass einzelne, entsprechend gekennzeichnete Teile des Beitrags von der genannten Lizenz ausgenommen sein bzw. anderen urheberrechtlichen Bedingungen unterliegen können.